

Die Etatslesung im Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 21. Januar. (Fortsetzung.)

Abg. Dr. Hoersch (Konf.): Die polnische Forderung, daß ein internationaler Gerichtshof über innerpreussische Dinge entscheidend mitreden soll, weisen wir zurück. Bis zum Abschluß langfristiger Handelsverträge sollten wir durch Vorverträge für die handelspolitische Uebergangszeit gewisse Sicherheiten schaffen. Die staatssozialistische Belastung unserer Erzeugung und Verteilung kann natürlich nicht sofort mit Friedensschluß aufhören. Möge die Stunde der Befreiung aber bald kommen. Daher begrüßen wir das Ablommen mit der Ukraine, nach dem sogleich nach Friedensschluß der freie Handel in Tätigkeit treten wird. Gewiß gibt es bei uns große Ernährungsschwierigkeiten. Aber wie sieht es denn bei unseren Feinden aus? Italien und Frankreich rufen immer dringender nach Brotgetreide von Uebersee, und da muß uns der U-Boot-Krieg den Sieg verschaffen. Wären wir bei der Lebensmittelversorgung auf das Ausland angewiesen, wir wären diesen Ländern auch politisch rettungslos ausgeliefert. Daher müssen wir die landwirtschaftliche Erzeugung durch Zölle schützen. Wir verlangen Prämien für den Mehranbau von Kartoffeln und beantragen ausdrücklich, daß der Landwirtschaft möglichst sofort die zur Frühjahrbestellung nötigen Düngemittel zur Verfügung gestellt werden.

Landwirtschaftsminister v. Eisenhardt-Rothe: Ich freue mich, da ich zum ersten Male in diesem Hause spreche, der Landwirtschaft die verbiente Anerkennung aussprechen zu können. Dieser Anerkennung wird auch jeder Verbraucher beitreten, der die Schwierigkeiten der Landwirte kennt. Mit jedem Kriegsjahr steigen die Ernährungsschwierigkeiten. Auch 1918 wird der Nahrungsmittelmangel wachsen, wenn man den Dingen ihren Lauf läßt. Daher gebietet die Vorsicht, zu außerordentlichen Maßnahmen zu greifen, wenn sie der Allgemeinheit zu Gute zu kommen versprechen. Die landwirtschaftliche Erzeugung auf ihrer alten Höhe zu halten und nach Möglichkeit zu steigern, ist das Gebot der Stunde. Deshalb stimme ich auch der Tendenz des Antrages auf Vermehrung des Kartoffelanbaues zu. Die Reichsinstanzen haben es abgelehnt, eine Prämierung der Anbaufläche eintreten zu lassen. Nicht nur deshalb, sondern weil die preussische Regierung sich von einem anderen Wege einen besseren Erfolg verspricht, hat sie gleichfalls hiervon Abstand genommen. Die Regierung hat erhebliche Mittel für die Beschaffung von Saatgut ausgemworfen. Ich hoffe, daß diese Maßnahme einen guten Erfolg haben wird und daß auch andere Bundesstaaten diesem Beispiele Preußens folgen. Die Erzeugung von Stickstoff wird mit allen Mitteln gefördert. Aber während des Krieges kann der Landwirtschaft nur ein Bruchteil des in Friedenszeiten verbrauchten Stickstoffes zur Verfügung gestellt werden. Die Einfuhr ausländischer Gemüsesämeereien ist Sache der Reichsstelle für Gemüse und Obst. Für eine vierjährige Kriegsdauer ist unsere wirtschaftliche Lage immer noch erträglich, zumal wenn man bedenkt, daß nicht wir es sind, die den Krieg verlängern. Wir werden daher in Geduld die Entbehrungen weiter auf uns nehmen. Jedenfalls werden wir den Wirtschaftskrieg leichter ertragen, als diejenigen, die ihn uns aufgezungen haben. (Beifall.)

Bürokratische Hemmnisse.

Abg. Dr. Frenzel (Bpt.): Die Herren, die in Brest-Litowsk für das Deutsche Reich verhandeln, bedürfen der Ratshilfe nicht, die ihnen hier gegeben worden sind, und wir haben das Vertrauen zu ihnen, daß sie die schweren Aufgaben so zweckmäßig als möglich regeln werden. (Sehr richtig! bei der Bpt.) Der konservative Antrag verlangt, daß rechtzeitig, womöglich noch vor Beginn der Frühjahrskampagne, der Landwirtschaft Düngemittel, insbesondere Stickstoff, ausreichend zur Verfügung gestellt werden. So selbstverständlich die Bedeutung dieser Versorgung ist, so scheint es doch im Deutschen Reich noch einige sehr mächtige Stellen zu geben, die das nicht wissen, und zwar Stellen, die für die Versorgung mit diesen Dingen in erster Linie verantwortlich sind. Nach mir zugegangenen Mitteilungen wird den Reichsstickstoffwerken nicht die Möglichkeit gegeben, ihre Betriebe voll auszunutzen und die noch im Bau befindlichen schneller zu fördern. Es ist das ein Kampf, den das Landwirtschaftsministerium und das Reichschatamt gegen andere Stellen im Reich, und zwar mit geringem Erfolge, führen. Die Reichswerke sagen, daß sie viel schneller und mehr produzieren könnten, wenn sie von dem bürokratischen Zwang, der auf ihnen lastet, befreit werden könnten. Monatlang haben die Reichswerke bei den Zuweisungsstellen um die nötigen Rohmaterialien — Kupfer, Kalk, Baumaterialien — petitionieren müssen und obgleich sie vorhanden waren, wurden sie erst freigegeben, als es viel zu spät war und andere Arbeiten, die sich an die Bauarbeiten anschließen sollten, hatten verschoben werden müssen. Auch mit der Arbeiterzuweisung war es so und als der Reichskohlenkommissar die Liste mit dem V- und D-Betrieben aufstellte, da standen merkwürdigerweise die Reichsstickstoffwerke nicht an erster Stelle. So ist es gekommen, daß augenblicklich die Reichswerke nur etwa 60 v. S. von dem Leisten, was sie leisten können, wenn diese Uebelstände behoben sind. (Hört! Hört! und Beifall.)

Abg. Waece (nlb.): In Brest-Litowsk kann sehr wohl einmal ein kräftiges Wort gesprochen werden. Die Leistungen der Eisenbahnen haben sich verringert. Zu den schon jetzt bestehenden großen

Lasten werden vielleicht noch eine Raketensteuer, eine Elektrizitätssteuer und eine Steuer auf die Textilindustrie hinzukommen. (Hört! Hört!) Wir werden diese Lasten nicht ablehnen können, um so mehr aber müssen wir für eine gerechte und gleichmäßige Steuerveranlagung sorgen. Wir bedauern, daß der Minister noch immer nicht gesagt hat, wie er zum Ausbau der Wasserstraßen steht. Wir verlangen keinen uferlosen Ausbau der Wasserstraßen, wünschen aber unter allen Umständen eine Verbindung vom Osten nach dem Westen. Die Abnutzung der Eisenbahnen ist so groß, daß wir in den nächsten Jahren wahrscheinlich werden Milliarden dafür ersparen müssen. Nach dem Kriege müssen wir wieder in die Märkte eindringen, aus denen uns die Feinde verdrängt haben. Dabei muß uns die Eisenbahnverwaltung durch Festsetzung der Tarife helfen.

Abg. Haenisch (Soz.): Wir lehnen die Tarifierhöhung ab, denn schon durch die letzten ungeschicklich verfügten Zuschläge sind Handel und Wandel bis zur Grenze des Erträglichen belastet worden. Wer heute nicht reisen muß, reist ohnehin nicht mehr. Wir wünschen eine Versöhnungspolitik gegen Polen und Dänen, allerdings im Rahmen unseres preussischen und deutschen Staates. Eine polnische Autonomie ist ein Traum und nicht einmal ein schöner. (Widerspruch v. d. Polen.) Ueber Genfur und Belagerungszustand haben wir lebhaft zu klagen. Wahlrechtsversammlungen sollten nicht gehindert werden, wie es das Oberkommando in den Marken getan hat. Das System Baldwin muß im Interesse der Volksgesundheit schleunigst beseitigt werden. Wir müssen alles vermeiden, was die schwierige Lage unserer Unterhändler in Brest noch erschweren könnte. Bei allen Vorbehalten sehen wir doch in Herrn v. Kühlmann einen Staatsmann von richtigen Qualitäten und verurteilen die gegen ihn gerichteten Treibereien. Wir wünschen eine ehrliche Verständigung mit Rußland, um so mehr, nachdem mit der Ukraine so günstige Ergebnisse erzielt worden sind. Nach dem Sturz des Zarismus gibt es keine Gegensätze mehr zwischen dem deutschen und dem russischen Volke. Wir brauchen russische Nahrungsmittel und Rußland braucht unsere Industrieerzeugnisse und geistige Hilfe. Das Mahhalten Bismarcks nach dem Kriege von 1866 gegenüber Oesterreich sollte auch im Osten zu ehrlischer, dauernder Verständigung führen. Auch wir wollen Oesterreich vor einer Wiederholung der Leiden von 1914 bewahren. Die freien russischen Grenzvölker sollen kein Schutzwall sein. Der beste Schutzwall aber ist ein dauerndes Freundschaftsverhältnis zu Rußland. Ein Frieden mit Rußland bringt uns auch dem allgemeinen Frieden näher, indem die Engländer und Franzosen erkennen, daß wir keine Eroberungen wollen. Wir warnen davor, daß man wie vor 14 Tagen mit plumper Hand die Verhandlungen in Brest führt. Kein Frieden kann Ersatz bieten für die ungeheuren Kriegskosten. Der Internationalismus ist nur möglich auf nationaler Grundlage. Wir sind eine deutsche Arbeiterpartei und bekennen uns ohne alle nationale Ueberhebung als Deutsche. Als deutsche Sozialdemokraten wünschen wir einen Frieden, der Deutschland unverfehrt, unabhängig und in ungehinderter Entwicklungsfreiheit erhält.

Eine elsass-lothringische Frage besteht für uns nicht.

Elsass-Lothringen ist und bleibt deutsches Land. (Beifall.) Das Sine inreden irgendeiner fremden Macht in deutsche Verhältnisse lehnen wir ab. Wir sind gegen gewaltsame Annexionen, aber das heißt natürlich nicht, daß kein Grenzstein verrückt werden dürfe. Die Parole der Vaterlandspartei heißt: Macht nach außen, Unfreiheit nach innen. Wir sind für den Verständigungsfrieden. Das preussische Junkertum klammert sich an das Dreiklassenwahlrecht als letzten Pfeiler seiner Macht. Das Verhalten der Nationalliberalen in der Wahlrechtsfrage aber ist aufs Schärfste zu verurteilen. Der kluge und weischaurende Dr. Friedberg hat den Weg zum gleichen Wahlrecht gefunden. Dr. Lohmann aber wird die Partei in den Abgrund führen. Im Reichstage haben die Nationalliberalen die Wahlrechtsfrage ins Rollen gebracht, hier aber bekommt diese Partei Angst vor der eigenen Courage. Das gleiche Wahlrecht ist eine nationale Angelegenheit allerersten Ranges geworden; wer gegen das gleiche Wahlrecht ist, veründigt sich am deutschen Vaterland und legt schwere Verantwortung auf sich. (Beifall links.)

Abg. Herold (Str.): Au.) wir sind für eine Vermehrung des Kartoffelanbaues. Haben wir genug Kartoffeln, dann ist unsere Ernährung sichergestellt. Die erforderlichen Düngemittel sind bereit zu stellen. Je mehr Stickstoff angewendet wird, um so mehr kann die Erzeugung gesteigert werden. Die Herstellung des Stickstoffes im Lande muß den Preis billiger gestalten. Vor einer Besteuerung des künstlichen Stickstoffes warne ich. Groß ist der Mangel an Sämereien. Wir sind nach wie vor Gegner der Kampfgesetze gegen die Polen. Aber gegen die Summierung, daß die Polengesetze irgendwie einem internationalen Gerichtshof unterstehen sollen, müssen wir uns entschieden wenden. (Beifall.) Das Ausland hat uns da nicht hineinzureden. Ebenso wenig ist daran zu denken, daß eine oder mehrere unserer Ostprovinzen Autonomie erhalten sollen. (Zustimmung.) Den Polen selbst werden solche Forderungen nicht dienlich sein. In der Wahlrechtsfrage hoffen wir, uns mit der Regierung zu einigen. Dann werden wir geschlossen stimmen. Unverändert und unbesehen

können wir die Regierungsvorlage nicht annehmen. Wir haben uns in der allgemeinen Aussprache zurückgehalten, um sie nicht aufzuhalten. Man kann aber nicht sagen: das Zentrum sinit und sinit und sinit — und schweigt. (Heiterkeit.) Die Friedensentscheidung des Reichstags ist das Gegenteil eines Verzichts auf den Sieg, da sie ausdrücklich Grenzicherungen fordert. Wenn wir den Sieg erfochten haben, bekommen wir auch einen Siegfrieden, dann werden wir alle eine einzige Vaterlandspartei sein.

Abg. Kloppenborg (Däne) wendet sich gegen die Posten im Haushaltsplane, die Mittel zur Förderung des Deutschtums in der Nordmark enthalten. Die zu Beginn des Krieges gegebenen Zusagen auf eine gleichmäßige Behandlung aller Volksteile sei nicht eingehalten worden. Nach wie vor herrscht der Polzegeist. Wir freuen uns aber, daß jetzt in Brest-Litowsk das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt wird und hoffen, daß es nun auch in die Praxis umgesetzt wird. Von der Durchführung dieses Grundsatzes erwarten wir in Nord-Schleswig die Erfüllung, unserer heißesten Wünsche.

Abg. Johannsen (srl.): Wenn die Anhänger des Vorredners in Nord-Schleswig sich als Loyale preussische Bürger bezeichnen, dann werden sie auch beim preussischen Geist Entgegenkommen finden.

Abg. Seyba (Pole): Auf die Ausführungen des Ministers des Innern, mit denen sich kein Pole einverstanden erklären kann, werden wir bei nächster Gelegenheit eingehend zurückkommen.

Abg. Fuhrmann wiederholt die bereits in der Presse veröffentlichte Darstellung der Vaterlandspartei über die Vorgänge in ihrer Berliner Lehrerhausversammlung und er bezeichnet die entgegengesetzten Berichte als erfunden und erlogen.

Abg. Haenisch (Soz.): Herr Fuhrmann hat die vorgekommenen Mißhandlungen der Kriegsbeschädigten nicht bestreitet können.

Der Haushaltsplan geht mit den dazugehörigen Anträgen an den Hauptausschuß.

Dienstag 1 Uhr: Anträge über Schiffahrtsbarleben, Saltefinderswesen, Mittelstandsfürsorge usw.

Schluß 6 Uhr.